

Inhalt

GRÜNE Hochschultour 2015 1/2
Wahl des Fraktionsvorstands

Editorial 2

**9. Sächsischer Klimakongress –
Konflikte im Klimawandel** 3

Kultur – Vielfalt als Chance 4/5

„Hebammen in Not“ 6

**Baumschutz – GRÜNE legen
neues Gesetz vor**

**Keine Wohltat – Investitions-
paket für Kommunen** 7

**Freie Schulen – Juristen
zweifeln am neuen Gesetz**

**Arbeitsschutz: Kontrolle
nur alle 30 Jahre**

Ende und Neuanfang 8

Termine

Impressum

Die GRÜNE-Fraktion
wünscht allen Leserinnen
und Lesern frohe Festtage
und ein friedliches
Neues Jahr



„Ein Blick in die Akte und zwei ins Leben“ – GRÜNE Hochschultour 2015

Kein Aktenstudium und keine Haushaltszahlen können den Blick in die Wirklichkeit an den sächsischen Hochschulen ersetzen, wenn Hochschulpolitik den Bedürfnissen dieser Bildungs- und Innovationsmotoren gerecht werden soll. Diesem Credo folgend, hat sich die hochschulpolitische Sprecherin der Fraktion, Dr. Claudia Maicher, im Herbst auf den Weg gemacht und alle sächsischen Hochschulstandorte besucht. Vom 26. Oktober bis 27. November hat sie viele Gespräche mit Hochschulleitungen, StudierendenvertreterInnen, PersonalvertreterInnen und VertreterInnen des wissenschaftlichen Nachwuchses geführt, um sich über aktuelle Entwicklungen, aber auch Herausforderungen und Probleme zu informieren. Der thematische Schwerpunkt lag dabei auf den Arbeitsbedingungen von angehenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

Die Zahlen bieten Grund zur Besorgnis. Nicht einmal mehr jede zehnte wissenschaftliche Fachkraft hat eine unbefristete Stelle. Wissenschaft lebt von Mobilität und dem Austausch neuer Ideen. Allerdings haben über zwanzig Prozent der befristeten Arbeitsverträge Laufzeiten von nicht einmal sechs Monaten. Eine Besonderheit im Hochschulrecht macht es möglich: Arbeitsverträge können ohne Sachgrund bis zu ins-



gesamt zwölf Jahren immer wieder befristet geschlossen werden. Die Folge ist eine bedenkliche Zunahme von Kettenverträgen. Zum Teil arbeiten Menschen an den Hochschulen auf ihrem zwanzigsten Arbeitsvertrag. Auch die Situation der Lehrbeauftragten gibt Anlass zur Sorge. Eigentlich sollen sie an Universitäten und Fachhochschulen als externe Experten die Lehre ergänzen. Jedoch haben kleine Anfragen von Claudia Maicher ergeben, dass Lehre, die eigentlich durch festangestellte Hochschullehrer geleistet werden sollte, zunehmend durch Lehrbeauftragte abgedeckt wird. Lehrbeauftragte arbeiten dabei auf eigene Rechnung, ohne jede soziale Absicherung und das zum Teil zu Honoraren von zehn Euro in der Stunde. Grund genug, dem wissenschaftlichen Nachwuchs in den Gesprächen

Fraktion wählt neuen Vorstand

Am 11. November hat die GRÜNE-Landtagsfraktion turnusmäßig ihren Fraktionsvorstand gewählt. Volkmar Zschocke aus Chemnitz und Valentin Lippmann aus Dresden wurden als Fraktionsvorsitzender bzw. Parlamentarischer Geschäftsführer im Amt bestätigt. Neue stellvertretende Fraktionsvorsitzende ist Franziska Schubert, haushalts- und finanzpolitische Sprecherin

aus Ebersbach-Neugersdorf im Landkreis Görlitz. Bei der Wahl hatte es zunächst Stimmgleichheit mit der kultur- und hochschulpolitischen Sprecherin aus Leipzig, Dr. Claudia Maicher, gegeben. Sie hatte das Amt bisher inne. Claudia Maicher machte den Weg zu einer Entscheidung frei, in dem sie nicht mehr kandidierte.

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

schon wieder ist ein Jahr vorbei. 2015 hat uns mit seiner Ereignisdichte so manches Mal in Schnappatmung versetzt.

Die Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge übertraf sämtliche Prognosen; die Zahl der asylfeindlichen Proteste klettert parallel in Höhen, die wir nicht für möglich gehalten haben. Das traurigste ist die bisweilen unerträglich vergiftete und hysterische Stimmung im Land. Anstatt die Energie darauf verwenden zu können, sich um die Flüchtlinge und ihre elementaren Bedürfnisse zu kümmern, was ohne Zweifel eine Herausforderung ist, müssen wir uns mit Blockaden von Unterkünften, gewaltsamen Auseinandersetzungen bei Demonstrationen und vielen persönlichen Beschimpfungen und Bedrohungen beschäftigen.

Um nicht missverstanden zu werden: es geht nicht darum, Diskussionen aus dem Weg zu gehen. Die GRÜNEN-Abgeordneten setzen sich mit vielen Bürgerinnen und Bürgern, ihren Ängsten und

Haltungen auseinander. Das Problem ist die verbale und zunehmend physische Gewalt. Meinungsunterschiede werden nicht im demokratischen Streitgespräch mit tatsächlichen Argumenten ausgefochten, lieber wird gepöbelt, körperlich gedroht oder gleich zum Pflasterstein gegriffen. Beim Aufbau von Erstaufnahmeeinrichtungen stehen Helfer einer aggressiven Meute gegenüber; Ehrenamtlichen, die sich für Flüchtlinge einsetzen, ergeht es nicht besser – egal, ob sie sich im Ortsbeirat, Gemeinderat oder in einer der zahllosen Organisationen der Flüchtlingshilfe engagieren.

Dieser Umgang zerstört die Grundlagen unseres Zusammenlebens und legt sich wie ein Schatten über viele andere Themen, die auch wichtig sind. Dabei haben die Abgeordneten der Fraktion im vergangenen Jahr viel erlebt und kennengelernt. Es gab die Innovationstour, die sich mit Entwicklungen und Erfindungen für die Zukunft beschäftigte. Die Hebammentour zur Rettung eines Berufsstandes, die KulTour und die Hochschultour,



Foto: Simanowski

um nur einige Beispiele zu nennen. Am Ende des Jahres stand traditionell der Klimakongress. Trotz Prognosen zum Klimawandel, die mutlos machen können, gelang es, Beispiele zu finden, die Zuversicht ausstrahlen, die zeigen, was der oder die Einzelne tun kann, um doch etwas zum Guten zu ändern.

Das sollten wir uns zu Herzen nehmen. In diesem Sinne, frohe Weihnachten und einen guten Start ins neue Jahr!

Anne Vetter, stellv. Pressesprecherin
anne.vetter@slt.sachsen.de

viel Platz einzuräumen. In Leipzig, Dresden und Chemnitz fanden zudem Podiumsdiskussionen mit Betroffenen, Interessenverbänden und HochschulvertreterInnen statt. Dabei wurde sehr deutlich: Für die prekären Arbeitsbedingungen gibt es eine Vielzahl an Gründen, Dreh- und Angelpunkt aber sind die Rahmenbedingungen, die der Freistaat Sachsen seinen Hochschulen setzt.

Bei der Finanzierung liegt Sachsen bundesweit unter dem Durchschnitt der anderen Bundesländer. Diese chronische Unterfinanzierung verhindert zum Beispiel, dass die Honorare der Lehrbeauftragten auf ein angemessenes Maß angehoben werden können. Stattdessen setzt Sachsen seit Jahren auf immer neue befristete Programme. Da hierfür Mittel nur für eine begrenzte Zeit zur Verfügung stehen, können auch nur befristete Arbeitsverhältnisse geschlossen werden. Viel Zustimmung gab es daher für den GRÜNEN Vorschlag, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu erhöhen, zum Beispiel mit Hilfe der 56 Millionen Euro, die jedes Jahr in Sachsen frei werden, weil der Bund die Kosten des BAföG übernimmt.

Derzeit sieht es allerdings so aus, dass immer mehr befristete Drittmittelprojekte eingeworben werden, in denen Wissenschaft-



Infostand mit Claudia Maicher (Mitte) am 5. November an der Mensa der TU Chemnitz

lerinnen und Wissenschaftler Auftragsforschung leisten. Wenn das Projekt ausläuft, endet auch der Arbeitsvertrag. Der GRÜNE Vorschlag, es den Hochschulen wenigstens zu ermöglichen, dieses Geld in gemeinsamen Pools zusammenzuführen, um Beschäftigungsverhältnisse auch über das Ende von Projekten hinaus erhalten zu können, stieß vielerorts auf offene Ohren. Denn die Hochschulen haben wenig Interesse daran, hochqualifizierte Wissenschaftler zu verlieren, nur weil die Finanzierung ausläuft.

Claudia Maicher besuchte auf ihrer Tour auch alle Fachhochschulen. Die einzigartige

Situation, dass diese über keinen eigenen Mittelbau verfügen, sondern ihre wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fast ausschließlich über Auftragsforschung beschäftigen müssen, entspricht schon lange nicht mehr den Forschungsleistungen der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften. Ein eigenes Qualifizierungsprogramm für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an Fachhochschulen finden wir daher wichtig. Aber auch die themenfreie Forschung muss für die Hochschulen möglich werden.

Die vielen Anregungen und Hinweise, auch zu anderen Themen, wie der Hochschulentwicklungsplanung oder dem Hochschulgesetz, werden unsere parlamentarische Arbeit der nächsten Monate begleiten. Die Tour hat wieder einmal gezeigt, dass nachhaltige Hochschulpolitik nur gelingen kann, wenn der Austausch mit den Hochschulen konsequent fortgesetzt wird. Denn Akten und Kennziffern sind nicht alles.

Weitere Informationen

Link zur Hochschultour

gruene-fraktion-sachsen.de/hst2015

Konflikte im Klimawandel – der 9. Sächsische Klimakongress

In diesem Jahr stand der 9. Klimakongress der GRÜNEN-Landtagsfraktion unter dem Motto „Konflikte im Klimawandel“. Dabei ging es sowohl um globale Herausforderungen und Konflikte, die mit dem Klimawandel einhergehen, als auch um Interessenskonflikte auf regionaler und lokaler Ebene.

„Der Klimawandel ist da. Er multipliziert vorhandene Konflikte, weil er die Lebensgrundlagen bedroht. Beispiele aus anderen Bundesländern machen uns aber Mut, dass Klimaschutz gelingen und ein Gewinn sein kann“, erklärte Volkmar Zschocke, Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN in Sachsen. Er spielte insbesondere auf die Bundesländer mit GRÜNER Regierungsbeteiligung an, die den bestmöglichen Weg ausfindig machen müssen zwischen den Erfordernissen aufgrund der äußeren Entwicklung und den Beschränkungen der Praxis.

GRÜNE Ansätze zur Konfliktlösung

Priska Hinz, Umweltministerin in Hessen, hat es tatsächlich geschafft, mit dem Koalitionspartner CDU einen klaren Weg zur Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen auf Landesebene zu vereinbaren. Auch der Ausbau der erneuerbaren Energien wird tatkräftig angegangen: Zwei Prozent der Landesfläche sollen künftig für Windenergie zur Verfügung stehen, mehr als 400 Anlagen sind im Genehmigungsprozess.

Die Widerstände waren nicht zwangsläufig kleiner, zumal ein Großteil der Anlagen in den bewaldeten Höhenzügen Hessens gebaut werden muss. Hierbei handelt es sich häufig um Staatsforst. Mit dem Vorschlag, den Gemeinden einen Teil der Pachteinnahmen zu überlassen, konnte dem Protest vielerorts der Wind aus den Segeln genommen werden. Das A und O, sagt Hinz, seien aber Bürgerbeteiligung und die moderierende Rolle der Landesregierung auf lokaler Ebene: „Sie müssen die Kommunen beteiligen und die Möglichkeiten aufzeigen.“ Ein klarer Gegensatz zu Sachsen,

wo die Regierung mit dem erst kürzlich verkündeten Erlass zum Ausbau der Windkraft den Regionalverbänden die Verantwortung für den Ausbau und damit die Konflikte übertragen hat. Dieses Abducken ist der falsche Ansatz und wird der Energiewende einen Bärendienst erweisen.

Lukas Rüttinger, Seniormanager von adelphi, verdeutlichte in seinem Vortrag am Beispiel Syrien, wie der Klimawandel in globalen Zusammenhängen wirkt und Konflikte verstärkt. So waren in Syrien aufgrund einer fünf Jahre anhaltenden Dürre (2006–2011) 85 Prozent aller Nutztiere verendet. Eine Million Bauern verließen ihre Dörfer gen Stadt, was zu einer humanitären Katastrophe führte. Zeitgleich explodierten die Nahrungsmittelpreise. Die Regierung war jedoch nicht in der Lage zu handeln; am Ende steht der heutige Bürgerkrieg. „Es ist kein monokausaler Zusammenhang. Klimawandel interagiert mit anderen Problemen. Alles zusammen führt zur Eskalation“, fasste Rüttinger die Ergebnisse seiner Untersuchung für das Auswärtige Amt zusammen.

KLIMAwandel(t)FLUCHT

In den Foren am Nachmittag wurden einige Konfliktfelder detailliert besprochen. Sophia Wirsching, Brot für die Welt, verdeutlichte im Forum „KLIMAwandel(t)FLUCHT“, dass die direkten Folgen, wie steigender Meeresspiegel, Hitzewellen und Dürren, bereits zu spüren sind. Die indirekten Folgen wie Ernteausfälle, Nahrungs- und Ressourcenknappheit, Pandemien und Preisinstabilität treffen insbesondere den Süden, wo kaum Anpassungskapazitäten vorhanden sind. In der Diskussion wurde klar, wie notwendig es ist, die vom Klimawandel existenziell betroffenen Menschen zu schützen und Hilfe bei der Anpassung an die klimatischen Veränderungen zu leisten, damit sie in ihrer Heimat leben können. Wie das geht, zeigte Ines Große vom Jugendrotkreuz mit der Kampagne Klimahelfer.

Freihandelsabkommen als Chance?

In der Diskussion zum Freihandelsabkommen lenkte Dieter Janecek, wirtschaftspolitischer Sprecher der GRÜNEN-Bundestagsfraktion, den Blick auf die Chancen, die eine transatlantische Vereinbarung geboten hätte. Chancen, die hätten helfen können, überflüssige Regularien beim Klimaschutz oder umweltschädliche Subventionen abzubauen, die in Deutschland gigantische 50 Milliarden Euro pro Jahr verschlingen. Doch die Intransparenz der Verhandlungen hat lediglich dazu geführt, Ängste zu wecken. Da der Verhandlungsprozess zu TTIP bereits so weit fortgeschritten ist, dass ein Stopp und anschließender Neubeginn utopisch erscheinen, müsse der Protest auf der Straße weitergehen, damit jede machbare Verbesserung in den Vertrag hinein verhandelt werden kann.

Kommunalpolitik und Klimaschutz

Giisela Nacken, bis 2014 Dezernentin für Planung und Umwelt in Aachen, berichtete unter dem Motto ‚Global denken – lokal handeln‘ von ihren Erfahrungen aus 15 Jahren kommunaler Klimapolitik. In ihren Beispielen spannte sie den Bogen von kommunaler Energieerzeugung über Gebäudesanierung, klimafreundliche Mobilität bis hin zur zwingend notwendigen Kommunikation mit den Einwohnerinnen und Einwohnern. Die sächsische Perspektive brachte Stefan Thieme-Czach, Projektmanager bei der Sächsischen Energieagentur GmbH (SAENA). Klimaschutz und Kommunalpolitik müssen kein Widerspruch sein, kann man die Diskussion zusammenfassen.

Weitere Informationen

A New Climate for Peace – Taking Action on Climate and Fragility Risks (adelphi)

<http://gruenlink.de/124t>



Vielfalt als Chance – Interkulturelle Entwicklungen in Kunst und Kultur

Sachsen ist eine Einwanderungsgesellschaft. Menschen verschiedener ethnisch-kultureller Hintergründe leben hier, sie gehören dazu. So haben der Studie „Integration von Zuwanderern im Freistaat Sachsen“ (2014) zufolge knapp acht Prozent der unter 18-Jährigen einen Migrationshintergrund. Mit den Geflüchteten, die jetzt zu uns kommen, wächst die kulturelle Vielfalt weiter. Soll das Zusammenleben gelingen, müssen wir die Herausforderungen ebenso wie die Chancen dieser gesellschaftlichen Entwicklung annehmen.

Die Hilfe für Geflüchtete und das Aufeinanderzugehen von Menschen verschiedener Herkunft ist auch vielen Kulturschaffenden ein Anliegen. Künstlerinnen und Künstler helfen in Erstaufnahmeeinrichtungen, beteiligen sich an Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit und Projekten mit Migrantinnen und Migranten. Angesichts der zunehmend feindlichen Stimmung gegenüber Zufluchtsuchenden haben sich auch die Spitzenverbände und Gremien wie der

Sächsische Kultursenat klar gegen Fremdenfeindlichkeit positioniert und ermuntern Kulturschaffende und Politik, die Chancen der Zuwanderung anzupacken und dafür „die Basis der sächsischen Kulturlandschaft in den Blick zu nehmen und das Potenzial breitenkulturellen Engagements genauso wie das der freien Szene zu nutzen“, wie die Interessengemeinschaft Landeskulturbedände Sachsen im Oktober 2015 in einer Erklärung schrieb.

Interkulturelle Kulturpolitik

Als Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verstehen wir es als eine zentrale Aufgabe der sächsischen Kulturpolitik der kommenden Jahre, dass Einrichtungen, Träger und Initiativen kultureller Angebote und kultureller Bildung unterstützt werden, Zuwanderung und Vielfalt in ihre Projekte, Programme und Planungen einzuweben. Sie sollen Konzepte entwickeln können und interkulturelle Kulturarbeit umsetzen. Es geht einerseits darum, ein Klima der Offenheit bei den „einheimischen“ Kulturnutzern zu fördern. Andererseits soll aus den vorerst „Fremden“ ein Teil des Publikums und der Kulturschaffenden werden, der Kultur vor Ort gleichberechtigt mitgestaltet und kulturelles Erbe um neue Einflüsse ergänzt. Gerade Kunst und Kultur können gesellschaftliche Beteiligung auf Augenhöhe vorleben. Auch wenn Kunst materielle und soziale Probleme nicht lösen kann, so kann sie doch Vorstellungen positiv verändern und damit einen wichtigen Beitrag für Diskurse in unserer Gesellschaft leisten.

Beispiele interkultureller Kulturarbeit

Im künstlerischen Workshop „Golgi Park“ des Europäischen Zentrums der Künste in Dresden Hellerau arbeiten Geflüchtete persönliche Geschichten sowie ihre aktuelle Lage in eine Installation aus Text-Collagen und Videos ein.

➔ www.hellerau.org/golgi-workshop-dali

Das Museum für Völkerkunde zu Leipzig geht mit der Veranstaltungsreihe „GRASSI talks now!“ (Dokumentarfilme und Filmgespräche) auf aktuelle Entwicklungen von Flucht und Migration ein und zeigt mittels arabisch/deutscher Führungen der Reihe „Salam Deutschland“ ein differenziertes Bild vom Lebensalltag deutscher Muslime.

➔ www.mvl-grassimuseum.de

Das Staatsschauspiel Dresden bietet mit dem Montagscafé im Kleinen Haus „Refugees are welcome here“ einen Ort der Vernetzung für Geflüchtete und Einheimische an, einen offenen Treffpunkt für alle Alt- und Neudresdner. Daraus hervor gegangen ist u. a. das Theaterstück „Morgenland – Ein Abend mit Dresdnerinnen und Dresdnern aus dem Orient“.

➔ www.staatsschauspiel-dresden.de/home/montagscafe/

In der Theaterproduktion „Free Syrian Angst“ der Initiative Ost-Passage Theater aus Leipzig brachte ein freies Ensemble syrischer Geflüchteter in verschiedenen sächsischen Städten ihren Zwiespalt zwischen Heimat und Fremde, zwischen Exil und Verantwortung zum Ausdruck.

➔ ost-passage-theater.de/free-syrian-angst

Wo steht Sachsen heute, wohin führt der Weg?

Interkulturelle Kulturarbeit ist nicht nur eine aktuelle Herausforderung, sondern eine langfristige Entwicklungsaufgabe. Sachsen steht bei den Konzepten und dem selbstverständlichen Mitdenken von Interkultur noch am Anfang. Lernen können wir von Bundesländern mit langer Einwanderungsgeschichte und hohem MigrantInnenanteil wie beispielsweise Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg. Aber Interkultur muss auch in Sachsen erst aus der Kulturlandschaft heraus wachsen.

Ein Impuls dafür ist eine breite Diskussion über pragmatische Schritte ebenso wie über langfristige Ziele. Für eine Bestandsanalyse auf Landesebene haben wir deshalb die Große Anfrage „Interkulturelle Kulturarbeit – Chancen für die Entwicklung von Kunst und Kultur im Einwanderungsland Sachsen“ in den Sächsischen Landtag eingebracht, die von der Staatsregierung bis Januar 2016 beantwortet werden soll. Gemeinsam mit Akteuren aus Kultur, Politik und Verbänden wollen wir die Ergebnisse diskutieren und

Weitere Informationen

„Interkulturelle Kulturarbeit – Chancen für die Entwicklung von Kunst und Kultur im Einwanderungsland Sachsen“

➔ <http://gruenlink.de/11yt>

Handlungsmöglichkeiten für Kultureinrichtungen, für die Kulturförderung sowie die Rahmenvorgaben durch die Sächsische Staatsregierung aufstellen.

Lebendige Kultur in der Fläche – GRÜNE KulTour 2015

Im August 2015 besuchte Claudia Maicher kulturelle Initiativen und Einrichtungen in den Kulturräumen Oberlausitz-Niederschlesien, Vogtland-Zwickau und dem Leipziger Raum. Sie kam mit Kulturschaffenden aus Soziokultur und Musikfestivals, Bibliotheken und Museen sowie Orchestern und Galerien ins Gespräch.



Claudia Maicher (Mitte) und Christin Bahnert (r) im Gespräch mit Dr. Monika Hänel, Leiterin des Projekts Vor-Lesen in der Stadtbibliothek Zwickau.

So beeindruckend, wie das Engagement und die Ideen vor Ort waren, so sehr fielen die Probleme auf, wie etwa die ständige Arbeit am finanziellen Limit oder die unzureichende Unterstützung öffentlicher Kulturförderung für die Bindung und Weiterbildung von ehrenamtlich Engagierten, die auch in den Debatten in den



Claudia Maicher im Interview mit Zwickau TV zum Auftakt der KulTour am 11. August.

Regionen ein Thema sind. Wir danken den GesprächspartnerInnen ganz herzlich, denn ihre Anregungen leiten die kulturpolitischen Initiativen der GRÜNEN-Fraktion und sind auch in unseren Beschluss zur Weiterentwicklung des Kulturraumgesetzes auf der Fraktionsklausur in Plauen am 25. August 2015 mit eingeflossen.

Inzwischen liegt der Evaluationsbericht der Staatsregierung zum Kulturraumgesetz vor. Die öffentliche Anhörung dazu findet am 18. Januar 2016 im Plenarsaal des Landtags statt.

Unseren Beschluss „Kulturraumgesetz weiterentwickeln – Kulturelle Infrastruktur und Erneuerung stärken“ vom 27. August 2015 sowie einen ausführlichen Bericht zur KulTour finden Sie auf unserer Homepage.



Claudia Maicher zu Gast in der Stadtbibliothek Bautzen bei Leiterin Sabine Kempel.

Weitere Informationen

Beschluss „Kulturraumgesetz weiterentwickeln – Kulturelle Infrastruktur und Erneuerung stärken“

➔ <http://gruenlink.de/1298>

Bericht zur KulTour

➔ www.gruene-fraktion-sachsen.de/themen/kultur/gruene-kultour-2015

Bericht über die Evaluation des Sächsischen Kulturraumgesetzes (Drs 6/3243):

➔ <http://www.kulturland.sachsen.de/download/Evaluation.pdf>

GRÜNE diskutieren zum Film „Hebammen in Not“

Die steigenden Kosten für die Haftpflichtversicherung haben in den vergangenen Jahren jede dritte freiberufliche Hebamme in Sachsen gezwungen, ihren Beruf aufzugeben. Die letzten etwa 70 Hebammen, die ambulante Geburtshilfe anbieten, sind in ihrer Existenz bedroht. Damit die Hebammentour des Fraktionsvorsitzenden Volkmar Zschocke im Sommer keine Abschiedstour war, versuchte die Fraktion mit einem Antrag die Staatsregierung zum Handeln zu bewegen. Die Fraktion hatte unter anderem vorgeschlagen, einen zeitlich befristeten Notfonds einzurichten, um den Hebammen schnell zu helfen. Der Antrag wurde jedoch von der CDU/SPD-Koalition abgelehnt.

Wir wollen dennoch weiter Druck machen. Denn die Geduld der Hebammen und der Eltern ist am Ende.

Bis jetzt wirkt die geplante finanzielle Entlastung freiberuflicher Hebammen durch den so genannten Sicherstellungszuschlag nicht. Gegen den Schiedsbeschluss mit dem Spitzenverband der Krankenkassen (GKV) will der Deutsche Hebammenverband klagen. Die Hebammen kritisieren, dass der vorgeschlagene Kompromiss zu einer noch geringeren Vergütung von Geburten außer-

halb von Krankenhäusern führt. Zudem soll in die Berufskompetenz der freiberuflichen Hebammen eingegriffen werden. Schon jetzt ist in einigen Regionen Sachsens die Wahlfreiheit über den Geburtsort nicht mehr gegeben. Damit wird Müttern ein im Sozialgesetzbuch festgeschriebenes Grundrecht verwehrt.

Um die Not der Hebammen deutlich zu machen, reist die GRÜNE-Fraktion mit dem Dokumentarfilm „Einsame Geburt – Hebammen in Not“ (PARPAR Production) durch Sachsen. In dem Film kommen ExpertInnen zu den Ursachen für die wachsenden Probleme in Geburtshilfe und Hebammenversorgung zu Wort, sie sprechen über die Arbeitssituation, die Folgen der steigenden Haftpflichtprämien und politische Lösungsansätze. Volkmar Zschocke wird Möglich-

keiten zur Rettung des Berufsstandes auf Landesebene vorstellen und mit Fachleuten aus der Geburtshilfe, VertreterInnen der Krankenkassen, Kinder- und Frauenärztinnen sowie Eltern diskutieren.

Die Filmtour startete Ende November in Chemnitz. Am Montag, 11. Januar 2016, ist der Film in der Dresdner Schauburg zu sehen. Am Samstagvormittag, 23. Januar, wird der Film in familienfreundlicher Atmosphäre im Cineding in Leipzig gezeigt.

Termine

Film und Diskussion in Dresden

➔ <http://gruenlink.de/11x1>

Film und Diskussion in Leipzig

➔ <http://gruenlink.de/1297>

Bäume schützen – GRÜNE legen neues Gesetz vor

Für uns ist es an der Zeit, endlich das „Baum-Ab-Gesetz“ zu kassieren. Das 2010 von CDU und FDP verabschiedete Gesetz zur Vereinfachung des Umweltrechts war ein unzulässiger Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung und hat die kommunalen Baumschutzsatzungen verheerend geschwächt.

Bis zum 15. Mai 2010 war es Städten und Gemeinden möglich, ohne Einschränkungen kommunale Baumschutzsatzungen zu erlassen, durch die sie Bäume und Sträucher umfassend und angepasst an die lokalen Verhältnisse schützen konnten. Seit der Ge-



setzesänderung dürfen jedoch Nadelbäume, Obstgehölze, Pappeln, Birken, Baumweiden sowie Bäume mit einem Stammumfang unter einem Meter grundsätzlich nicht mehr per kommunaler Satzung unter Schutz gestellt werden.

Dies bedeutet vor allem für Großstädte und Städte mittlerer Größe einen schleichenden Verlust an Baumbestand. In Leipzig können beispielsweise Gehölze mit stadtklimatischer Funktion und Pflanzungen nach Luftreinhalteplänen nur noch auf stadteigenen Flächen gesichert werden. Während die Stadt also mit hohem finanziellen Aufwand versucht, aus Gründen der Luftreinhaltung tausende Bäume neu auf städtischen Flächen zu pflanzen, werden im Privatbereich deutlich mehr Gehölze ersatzlos gefällt. Das ist absurd.

Deshalb hat die GRÜNE-Fraktion im Herbst den Entwurf für ein neues Sächsisches Baumschutzgesetz in den Landtag eingebracht. Darin schlagen wir vor, die Schwächung des Baumschutzes und der kommunalen Selbstverwaltung zu beenden. Für die zuständigen Verwaltungen muss außerdem wieder die Möglichkeit bestehen, bei Bedarf auch Sträucher und Hecken als wertvollen Lebensraum biologischer Vielfalt unter Schutz stellen zu können.

Der GRÜNE Gesetzesentwurf wird am 4. März 2016 in einer öffentlichen Anhörung beraten.

Weitere Informationen

„Gesetz zum Schutz eines nachhaltigen Baumbestandes im Freistaat Sachsen“ (Drs. 6/2804)

➔ <http://gruenlink.de/11p1>

Keine reine Wohltat: Bundesmittel zur Entlastung von Kommunen – und was Sachsen daraus macht

Die Bundesregierung hat am 24. Juni 2015 das Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von AsylbewerberInnen verabschiedet. Hierfür wurde auf Bundesebene ein kommunaler Investitionsfonds mit einem Gesamtvolumen von 3,5 Milliarden Euro eingerichtet, der spätestens mit Ablauf des Jahres 2020 aufgelöst wird. Das Geld kann bis dahin von den Ländern abgerufen werden. Mit 32,16 Prozent ist fast ein Drittel des Fonds für Nordrhein-Westfalen vorgesehen. Der Freistaat Sachsen erhält nach dem festgesetzten Verteilungsschlüssel 4,45 Prozent bzw. 155,7 Millionen Euro.

Nun haben die Koalitionsfraktionen CDU und SPD für die Verwendung dieser Mittel in Sachsen einen Gesetzentwurf vorgelegt. Medienwirksam wurde das 800-Millionen-Euro-Investitionspaket für Kommunen für die Jahre 2017 bis 2020 als größtes Konjunkturpaket Sachsens und Wohltat des Landes verkauft. Inzwischen ist bereits bekannt, dass es sich um eine Mogelpackung handelt und CDU und SPD Augenwischerei betreiben.

Juristen bestätigen Zweifel an Verfassungskonformität des neuen Gesetzes für Freie Schulen

Nach der Veröffentlichung des Entwurfs für ein neues Sächsisches Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft im Frühjahr beauftragte die GRÜNE-Fraktion ein Rechtsgutachten beim Juristischen Dienst des Landtags. Das Ergebnis der Prüfung liegt seit Ende August vor, einen Monat nach Inkrafttreten des Gesetzes. Das Gutachten bestätigt unsere Zweifel an der verfassungskonformen Umsetzung des Urteils vom 15. November 2013. Im neuen Gesetz ist nicht nachvollziehbar dargelegt, wie Ersatzschulen ohne die Erhebung von Schul- und Lernmittelgeld dauerhaft den Betrieb aufrechterhalten können und ob tatsächlich auf die Regelung eines Ausgleichsanspruchs verzichtet werden kann. Mit der Fraktion DIE LINKE wurde die Möglichkeit einer weiteren abstrakten Nor-

800 Millionen Euro klingen gut. Allerdings müssen die Kommunen über 40 Prozent der Mittel besteuern. 342 Millionen Euro zahlt der Freistaat in das Investitionspaket. Mittel, die der Finanzminister unter anderem durch die vorläufige Haushaltsführung eingespart hat – also auch hier keine Wohltat.

Mit diesem Gesetzentwurf werden weitere 1,12 Milliarden Euro dem aktuellen Doppelhaushalt entzogen und in Sondervermögen geparkt. Wir kritisieren dieses Verfahren. Sondervermögen sind intransparent und von parlamentarischer Seite schwer zu kontrollieren. Es gibt nachhaltige und transparente Möglichkeiten, Haushaltsmittel zu veranschlagen, ohne weitere Sondervermögen zu bilden.

Die Regierungskoalition betont die Planungssicherheit für Kommunen, in dem genügend Investitionsmittel zur Verfügung stehen. Was aber diese Investitionen für die kommunalen Haushalte bedeuten, dass diese abgeschrieben werden müssen, Wartungs- und Folgekosten nach sich ziehen, wird von CDU und SPD aus der Diskussion herausgehalten.

menkontrolle geprüft. Letztlich entschied sich diese gegen ein solches Vorgehen. Wir bedauern, aber respektieren das. Nun gilt es, Aktionen und Verfahren von Eltern und Schulträgern zu unterstützen. Ziel muss es sein, Rechtssicherheit zu schaffen und den Besonderheiten der Sächsischen Verfassung Rechnung zu tragen, die Freien Schulen große Rechte einräumt.



Arbeitsschutz: Kontrolle nur alle 30 Jahre



Die Arbeitsschutzverwaltung kontrolliert Betriebsanlagen, Arbeitsmittel und Schutzausrüstungen sowie Arbeitsverfahren und -abläufe. Außerdem berät sie Unternehmen und Dienststellen. Laut Arbeitsschutzgesetz soll die Behörde zum umfassenden und präventiven Gesundheitsschutz beitragen.

Die sächsische Arbeitsschutzverwaltung kann diesen Anspruch nicht mehr erfüllen. Grund ist eine beispiellose Stellenkürzung. Im Jahr 2000 wurden von den damals 280 Angestellten 17331 Betriebskontrollen durchgeführt. 2012 konnten die verbliebenen 169 Angestellten noch 4.815 Betriebe kontrollieren.

Doch damit ist das ‚Ende der Fahnenstange‘ nicht erreicht: bis 2020 soll die Arbeitsschutzverwaltung auf 94 Mitarbeiter schrumpfen! Die Zahl der Betriebskontrollen wird somit noch einmal dramatisch sinken. Schon heute wird ein Unternehmen in Sachsen durchschnittlich nicht einmal alle 30 Jahre kontrolliert.

Ebenso problematisch ist die im Fall der Arbeitsschutzbehörde vorliegende Trennung von Dienst- und Fachaufsicht. Während die Fachaufsicht beim Wirtschaftsministerium liegt, wird die Dienstaufsicht durch das Innenministerium wahrgenommen. Solange die Anforderungen der Fachaufsicht an die Arbeit der Behörde jedoch nicht mit entsprechender Personalausstattung durch die Dienstaufsicht untersetzt sind, besteht die Gefahr, dass die Behörde ihre Aufgaben nicht im notwendigen Umfang und Qualität erledigen kann. Diese Situation ist bei der Arbeitsschutzverwaltung Sachsen bereits eingetreten und muss schnellstens korrigiert werden.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion hat deshalb einen Antrag eingebracht, in dem ein Qualitäts- und Personalkonzept für die Arbeitsschutzverwaltung gefordert wird. Ziel ist es, den Arbeitsschutz so auszustatten, dass er seine gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben erfüllen kann.

Weitere Informationen

„Arbeitsschutzverwaltung stärken – Stellenabbau stoppen und Zuständigkeiten neu organisieren“ (Drs. 6/3476):

<http://gruenlink.de/1294>

Termine

11. Januar

18 Uhr

Hebammen? Unverzichtbar!

Film + Diskussion
Dresden, Schauburg

23. Januar

10 Uhr

Hebammen? Unverzichtbar!

Film + Diskussion
Leipzig, Cineding

20. Januar

19 Uhr

Aus der Region auf den Tisch. Regionalität statt Lebensmittel vom anderen Ende der Welt

Diskussion
Chemnitz, Umweltzentrum

Weitere aktuelle Veranstaltungen sowie
genaue Orts- und Programmangaben
finden Sie unter: www.gruene-fraktion-sachsen.de/termine

Ende und Neuanfang

Seit Mitte September ist Katja Meier Abgeordnete für Verkehr, Gleichstellung, Recht und Demokratie und ist Mitglied im Verfassungs- und Rechtsausschuss. Die Politikwissenschaftlerin und langjährige Fraktionsmitarbeiterin folgte auf Eva Jähnigen, die nach sechs Jahren in der GRÜNEN-Landtagsfraktion ins Dresdner Rathaus wechselte und dort das Amt der Umweltbürgermeisterin übernommen hat.

Katja Meier wurde 1979 in Zwickau geboren. Sie absolvierte etliche Stationen in Deutschland und Europa – Jena, Münster, Berlin, Wiesbaden, Tartu (Estland) – bevor sie vor einigen Jahren zurück in ihre sächsische Heimat kam. Jeder, der sie kennt, weiß, dass ihr Herzensthema die Gleichstellung ist. Eine



gute Voraussetzung auch für den Bereich Verkehr, in dem Bahn- und RadfahrerInnen sowie FußgängerInnen endlich die gleiche Aufmerksamkeit wie Autofahrende erhalten müssen. Die ersten Monate haben gezeigt, dass Katja Meier schnell in ihre neue Aufgabe hineingewachsen ist.

Publikationen



Bestellen

Die aktuellen Publikationen können per
E-Mail bestellt werden:
publikationen@gruene-fraktion-sachsen.de



Impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351 / 493 48 00
Telefax: 0351 / 493 48 09
E-Mail: gruene-fraktion@slt.sachsen.de

Redaktion: Anne Vetter (V.i.S.d.P.),
Isabelle Jäschke, Mandy Pierer